Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°115 - 07.2021

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA
FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Im Zweifel gegen die Angeklagten – Politisches Urteil nach dem Brand im Lager Moria
Die Expansionspolitik des türkischen Staates in Südkurdistan – Eine Friedensdelegation berichtet
Klimapolitik – oder die neokoloniale Illusion, dass die reichen Industriestaaten etwas gegen die Erderhitzung tun

Editorial

Liebe Genoss*innen,

Nach ein wenig mehr als zehn Jahren Gai Dao ist es nun soweit – dieses ist die letzte reguläre Ausgabe der Zeitschrift. Grund für die Einstellung sind nur zum Teil die zurückgegangenen Leser*innenzahlen; soweit wir es beurteilen können, dürften immer noch genügend Menschen alle zwei Monate einen Blick in die neue Ausgabe werfen, um ein weiteres Erscheinen zu rechtfertigen. Doch hat die Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen, deren Organ die Gai Dao ja ist, kein verstärktes Interesse an der Aufrechterhaltung des Projekts mehr. So gibt es keine rechte Aussicht auf eine Stabilisierung ständig schwindender Redaktionsressourcen.

Vielleicht werdet Ihr in der nächsten Zeit noch eine Rekapitulation der Erfahrungen mit der Gai Dao lesen, in einer der sehr guten anderen anarchistischen Zeitungen. Viele Abonent*innen haben sich entschieden, das durch die Einstellung der Printausgabe vor einigen Monaten übrig gebliebene Geld nicht zurückzufordern, sondern an die FdA zu spenden. Dafür möchten wir allen unseren Dank aussprechen. Der gilt auch den vielen einzelnen Genoss*innen und Organisationen, die über die Jahre immer wieder mit aufschlussreichen, schönen und kämpferischen Beiträgen die Gai Dao zu einer lesenswerten Zeitschrift gemacht haben – vielen Dank Euch. Ebenso verpflichtet sind wir natürlich unbekannterweise den tausenden von Leser*innen der vergangenen Jahren, die der Arbeit an der Gai Dao einen Zweck verliehen haben. Schließlich gilt Dankbarkeit allen Genoss*innen, die am Erscheinen der Gai Dao beteiligt waren: es war schön mit Euch.

Noch ist nicht deutlich, ob und wie es mit einem Nachfolgeprojekt abseits der FdA weitergehen kann. Einzelne Interessierte gibt es, ob aber eine publizistische Nische oder strategische Rolle für eine Zeitschrift wie die Gai Dao gefunden werden kann, wissen wir noch nicht. Wir freuen uns wie immer über Meinungen, Fragen und Ideen dazu: **redaktion-gaidao@riseup.net**.

Die Letzten machen das Licht aus.

Gruß und Solidarität,

Die Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	zweimonatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutsch-sprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Ström-ungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos oder Zeichnungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und denen des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter:
www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

Weltweit

04 *Im Zweifel gegen die Angeklagten*

07 *„Was in Tigray geschieht, ist ein Völkermord“ – Interview mit den Horn Anarchists*

Bewegung

11 *Redebeitrag für die Kundgebung „Anarchistische Perspektiven in der Pandemie“*

13 *Die Expansionspolitik des türkischen Staates in Südkurdistan – Eine Friedensdelegation berichtet*

Kultur & Alltag

19 *„Wie ein Taifun, schlagartig und ohne großes Blabla...“*

Analyse & Diskussion

21 *Klimapolitik – oder die neokoloniale Illusion, dass die reichen Industriestaaten etwas gegen die Erderhitzung tun*

Termine

27 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Im Zweifel gegen die Angeklagten

Nach der Zerstörung des berüchtigten Lagers Moria durch mehrere Brände im September 2020 wurden am 12. Juni 2021 vier jugendliche Geflüchtete auf der griechischen Insel Chios wegen „Brandstiftung mit Gefährdung von Menschenleben“ zu 10 Jahren Gefängnishaft verurteilt. Zwei der insgesamt sechs Angeklagten waren bereits im März vor dem Jugendgericht in Lesbos zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.

Von: Kampagne You can't evict Solidarity

Die vier nun verurteilten jungen Afghanen wurden wegen Brandstiftung mit Gefährdung von Menschenleben, Zerstörung von Privateigentum und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Verhaftet und nun verurteilt wurden sie aufgrund der Aussage eines einzigen Augenzeugen, der gesehen haben will, wie sie ein Feuer in Moria legten. Der Prozess, der auf Chios stattfand, dauerte zwei Tage und wurde durch internationale Prozessbeobachter*innen als unfaires und gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßendes Verfahren kritisiert. Trotz mangelhafter Beweisgrundlage und persönlicher Abwesenheit des einzigen angeblichen Augenzeugens, wurden die Betroffenen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu langen Haftstrafen verurteilt. Vor dem Gerichtsgebäude zeigten dutzende Menschen ihre Solidarität mit den Angeklagten.

Bereits im Vorfeld hatten über 70 europäische Organisationen, Gruppen und Initiativen sowie hunderte Einzelpersonen im Rahmen der Kampagne #FreeTheMoria6 lautstark einen transparenten Prozess gefordert und ihre Solidarität mit den Moria 6 gegen das tödliche europäische Grenzregime verkündet. Denn schon vor Beginn des Prozesses gab es Anhaltspunkte, dass das Recht der Angeklagten auf ein faires und gerechtes Verfahren nicht gewährleistet werden würde und sie stattdessen in einem politischen Schauprozess als Sündenböcke für die unmenschliche EU-Migrationspolitik herhalten sollten. So wurden die Angeklagten in der griechischen Öffentlichkeit und medialen Berichterstattung immer wieder vorverurteilt. Bereits am Tag nach ihrer Verhaftung am 16. September 2020 hatte der griechische Migrationsminister Mitarachi in einem Interview mit CNN die Jugendlichen als Schuldige für die Feuer im Lager Moria präsentiert. Die Befürchtung eines weiteren Schauprozesses entstand auch im Hinblick auf die bereits stattgefundene erste Gerichtsverhandlung gegen zwei der Angeklagten, bei dem massive rechtsstaatliche Mängel dokumentiert wurden und der in einem Schuldspruch auf derselben zweifelhaften Beweislage endete.

Rückblickend haben sich bei dem Prozess gegen die 4 Angeklagten alle Befürchtungen bestätigt. Von Anfang bis Ende wurden rechtsstaatliche Grundsätze nicht erfüllt. Angeblich aufgrund von Pandemie-Beschränkungen war es der Öffentlichkeit, einschließlich Journalist*innen und unabhängigen Prozessbeobachter*innen (z. B. der European Lawyers for Democracy and Human Rights (ELDH)), trotz vorheriger Anmeldung nicht erlaubt, das Verfahren im Gerichtssaal zu verfolgen, womit die Ver-

handlung de facto unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden. Dennoch waren, trotz der hohen Polizeipräsenz rund um das Gebäude, mindestens sechs Polizeibeamte im Gerichtssaal anwesend.

Der bestehende Nachweis über die Minderjährigkeit von drei der vier Angeklagten, den die Verteidigung des Legal Centre Lesbos einbrachte, wurde vom Gericht ignoriert und der Prozess nicht vor einem Jugendgericht verhandelt. Abgelehnt wurde auch der Antrag auf eine angemessene Übersetzung für die Angeklagten. Absolut skandalös ist jedoch, dass der Hauptzeuge der Anklage bzw. der einzige Belastungszeuge, dessen Aussage zur Verhaftung geführt hat, nicht im Gerichtssaal erschien und es keine Möglichkeit für die Verteidigung gab ihn zu befragen. Seine schriftliche Zeugenaussage war voller Fehler und Widersprüche: so hat es an der Stelle, wo er die Angeklagten angeblich beobachtet haben will, nach Aussage der Feuerwehr zu dem Zeitpunkt keinen Brand gegeben.

Insgesamt wurden am ersten Verhandlungstag 15 Zeugen der Staatsanwaltschaft vernommen, wobei keiner von ihnen die Angeklagten identifizierte. Das einzige „Beweisstück“, das die Angeklagten mit der Tat in Verbindung brachte, ist somit die widersprüchliche, fehlerhafte, schriftliche Aussage eines Mannes, der zum Zeitpunkt des Prozess „nicht mehr auffindbar“ war. Einige Beobachter*innen vermuteten, dass er, nachdem er die Aussage gemacht hatte, von der Polizei mit Papieren ausgestattet wurde um die Insel zu verlassen. Inzwischen ist bekannt, dass der „nicht mehr auffindbare“ Hauptzeuge in Deutschland ist.

Im vorliegenden Fall der Moria 6 soll der Hauptzeuge eine einflussreiche Person innerhalb der paschtunischen Gemeinschaft in Moria gewesen sein. Die Angeklagten wiederum gehören alle der Minderheitengemeinschaft der Hazara an, die unter der Diskriminierung durch die paschtunische Mehrheit in Afghanistan leidet. Die Spannungen zwischen den beiden Gemeinschaften spielten auch in Moria eine Rolle. Die Verteidigung beantragte, die schriftliche Erklärung von der Beweisaufnahme auszuschließen und berief sich dabei auf das in der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 6) verankerte Recht auf ein Kreuzverhör von Belastungszeugen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Nach Anhörung der Schlussplädoyers am zweiten Tag kamen die drei Richter und vier Geschworenen zu einem einstimmigen Urteil und sprachen die Angeklagten der Brandstiftung mit Gefährdung von Menschenleben unter erschwerenden Umständen der Sachbeschädigung schuldig. Der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wurde fallen gelassen. Die vier Beschuldigten wurden zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Mildernde Umstände, wie z.B. das Fehlen von Vorstrafen, die fatale Situation in Moria, das junge Alter der Angeklagten oder ihre gute Führung im Gefängnis wurden dabei nicht berücksichtigt. Nach dem Prozess legten die Verteidiger*innen Berufung ein und drückten ihre Wut und Ungläubigkeit aus, aber auch ihren Willen, weiter für die Freiheit der Moria6 zu kämpfen, wenn nötig bis vor den europäischen Gerichtshof.

Der intransparente und unfaire Fall der Moria 6 ist kein Einzelfall, sondern Teil einer systematischen Praxis von illegitimen und diskriminierenden Vorgehensweisen gegen Menschen auf der Flucht. Die Verhaftung und Verurteilung einzelner, angeblich schuldiger Migrant*innen wird von den griechischen Behörden genutzt um von der strukturellen Gewalt des Hotspot-Systems und bestehenden Menschenrechtsverletzungen abzulenken. Diese „Strategie“ konnte auch schon in früheren Fällen wie z.B. im Fall der sogenannten Moria 35 beobachtet werden.

Die Gerichtsurteile gegen die Moria 6 lenken von den Umständen ab, aufgrund derer Moria gebrannt hat. Auch wenn dieses Mal das berüchtigtste griechische Hotspot-Lager komplett niedergebrannt ist, war es längst nicht das erste Feuer in Moria, und auch in anderen Hotspots gab es immer wieder Brände. Bereits an Ostern 2020 brannte das halbe Lager Vial auf der Nachbarinsel Chios nach Protesten der Bewohner*innen ab. Anlass für die Wut der Menschen im Lager war der Tot einer 46-jährigen Frau im Camp,

die nach einem Klinikaufenthalt und einem negativen Covid-19-Test am Rande des Camps in einem Container isoliert wurde. Auch wegen dieses Feuers sollen 15 Beschuldigte Geflüchtete aus dem Lager zu Sündenböcken gemacht werden. Der Prozess gegen die Vial 15 folgt kurz nach dem gegen die Moria 6. Die Bedingungen unter der Corona-Pandemie in den Camps hat die ohnehin fatale Lage von Überbelegung in den Hotspots nochmal dramatisch verschlimmert.

Die konservative griechische Regierung, die ohnehin seit einiger Zeit versucht, aus den Hotspots geschlossene Camps zu machen, nutzte die Pandemie für monatelange Ausgangssperren aus den Camps. Als die ersten Infektionen Moria erreichten, wurden die Infizierten oder andere nicht aus den hygienisch unhaltbaren Umständen im Lager herausgeholt. Stattdessen sollten verschiedene Gruppen im Lager isoliert werden – was Unmut und Angst bei den Bewohner*innen auslöste. Gleichzeitig wurde ein Vertrag der griechischen Regierung öffentlich, der Anlagen zur kompletten Abriegelung des Lagers beinhaltete. Das Europäische Grenzregime und die griechische Regierung haben vor dem Brand in Moria also die Situation ausgenutzt, um der geplanten Errichtung riesiger Freiluftgefängnisse auf den Hotspot-Inseln näher zu kommen, nachdem ihre Pläne geschlossener Camps kurze Zeit vorher noch an deutlichen Protesten und Widerstand auch der Inselbevölkerung gescheitert waren. Bemerkenswert ist aber vor allem, dass es bei den Bränden sowohl in Moria als auch in Vial ausschließlich zu Sachschaden gekommen ist. Während im "Normalbetrieb" dieser Lager also an Gewalt, fehlender medizinischer und anderer Versorgung oder schlicht im Winter an der Kälte regelmäßig Menschen sterben, echauffiert sich momentan eine Weltöffentlichkeit über Feuer, die lediglich Zelte und Container verbrannt haben. Das veranlasste griechische, linke Solidaritätsstrukturen in ihrem Aufruf zum Prozess gegen die Moria 6 zu der Aussage: „Das Verbrechen ist nicht, dass Moria angezündet wurde, sondern, dass es existiert hat!“

Zwar sind die aktuellen Urteile gegen die Moria 6 eine schwere Niederlage im Kampf für Gerechtigkeit, aber Aktivist*innen und Unterstützer*innen der Betroffenen sind sich einig, dass sie mit den zu Unrecht Verurteilten weiter solidarisch sein werden. Sie werden die Verteidigung weiterhin finanziell und auf anderen Wegen dabei unterstützen alle Rechtsmittel ausschöpfen, um innerhalb eines fairen Prozesses die Unschuld der Angeklagten zu beweisen. ■

Spendenverbindung:

Rote Hilfe e.V./ OG Hannover
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Verwendungszweck: Cant evict Solidarity

„Was in Tigray geschieht, ist ein Völkermord“ – Interview mit den Horn Anarchists

Im folgenden Interview hatte das Anarchistische Radio Berlin die Gelegenheit, mit Genoss*innen vom Horn von Afrika (@horn_anarchists bei Twitter) über den seit Ende 2020 andauernden Krieg in dieser Region zu sprechen. Im Gespräch geht es um die historischen Hintergründe, die Rolle des Nobelpreisträgers und äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed, und mehr.

Interview von: A-Radio Berlin

A-Radio Berlin: ***Könntet ihr uns zu Beginn ein wenig über euer Kollektiv erzählen?***
Horn Anarchists: Wir sind ein kleines Kollektiv, das sich Anfang 2020 zusammengefunden hat. Wir arbeiten derzeit daran, den Anarchismus sowie anarchistische Ideen unter Menschen zu verbreiten, die Amharisch und Tigrinya sprechen, hauptsächlich durch kollaborative Online-Plattformen. Einige von uns befinden sich am Horn von Afrika, andere Mitglieder leben in der Diaspora und wir versuchen, einige pragmatische Projekte in Bezug auf intersektionalen Aktivismus und gegenseitige Hilfe an unseren jeweiligen Standorten durchzuführen.

Wir möchten mit euch über den anhaltenden Krieg in der Region Tigray im Norden Äthiopiens sprechen. Könntet ihr uns einen Überblick geben, wie die Dinge im Moment stehen?
Seit dem Ausbruch des Krieges in Tigray sind nun über 6 Monate vergangen. Die Menschen in Tigray befinden sich seit Beginn des Krieges in einem kompletten Telekommunikations-Blackout, bis vor ein paar Wochen die Telekommunikationsdienste in bestimmten Teilen von Tigray teilweise wiederhergestellt wurden. Nach Berichten von Hilfsorganisationen befinden sich mehr als 4,6 Millionen Menschen in einer katastrophalen Lage, da die Versorgung mit lebensnotwendiger humanitärer Hilfe, Elektrizität und Wasser unterbrochen wurde und schätzungsweise 2,2 Millionen Menschen im Land selbst vertrieben wurden. In den früheren Tagen des Krieges flüchteten täglich 7.000 Menschen in den Sudan, aber selbst diese Zahl ist deutlich gesunken, nachdem äthiopische und eritreische Soldaten die Grenze zum Sudan blockiert hatten, um die Tigrayer*innen an der Flucht zu hindern. Das faschistische, genozidale Regime in Addis Abeba hatte offiziell die Beendigung des Krieges verkündet (sie nennen es eine „polizeiliche Maßnahme“), aber die Bevölkerung wird weiterhin von revanchistischen Milizen aus der Nachbarregion und brutalen eritreischen Söldnern angegriffen, die Gruppenvergewaltigungen begehen, Ernten und Ackerland niederbrennen, Vieh stehlen und die Bevölkerung terrorisieren und bestrafen.

Was in Tigray geschieht, ist ein Völkermord, der sich seit Jahren zusammenbraut und an dem internatio-

nale Akteure beteiligt sind, insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate, deren Drohnen eingesetzt wurden, um Städte in Tigray zu bombardieren, und Eritrea, dessen Söldner einige Teile von Tigray übernommen haben, was ein Versuch zu sein scheint, Tigrayer und die tigraische Identität auszurotten. Die internationale Gemeinschaft kann sich nicht mehr aus der Verantwortung stehlen, weil es sich herumspricht. Menschen riskieren ihr Leben, um aufzudecken, was das genozidale Regime tut, damit die Welt handelt, um den Völkermord zu stoppen, aber das Beste, was wir bisher gehört haben, war, dass die internationale Gemeinschaft „ernsthaft besorgt" über die ethnische Säuberung war, aber keine Maßnahmen zum Schutz der Zivilist*innen vor diesen beiden brutalen Regimen von Afewerki in Eritrea und Abiy in Äthiopien ergreift.

Könntet ihr uns einen kleinen historischen Hintergrund geben, um die Spannungen zwischen Äthiopien und der Region Tigray zu verstehen?

Ein Artikel von Gebrekirstos Gebremeskel [The War on Tigray: A multi-pronged assault driven by genocidal undercurrents - Ethiopia Insight (ethiopia-insight.com)] deckt einen jahrzehntelangen anti-tigrayischen Prozess zur Schaffung eines Großstaats auf, der darauf abzielte, Tigray zu verarmen, um es gefügig zu machen. Dieser antitigrayische Prozess wurde in den letzten drei Jahren noch deutlicher, als der Hass staatlich gefördert wurde und nicht mehr mit dem Hass gegen das Regime verwechselt werden konnte. Man beachte dabei, dass die Koalition, die Äthiopien 27 Jahre lang vor der „Reform" regierte, von der Tigrayan Peoples Liberation Front (TPLF) dominiert wurde und antitigrayische Äußerungen oft fälschlich als regierungsfeindlich interpretiert wurden und unbehelligt blieben. Als Abiy Ahmed jedoch an die Macht kam, nutzte er die Medien, um faschistische Propaganda zu verbreiten und die Menschenrechtsverletzungen, die in der vorherigen Regierung stattgefunden haben, auf „Tigrignya-sprechende Menschen" zu schieben. Dies führte zur Entwicklung einer offenen und beobachtbaren Gewalt gegen Tigrayer*innen, die in anderen Teilen des Landes leben. Die TPLF, die dominierende Partei in der Vier-Parteien-Koalition, die Äthiopien fast zwei Jahrzehnte lang regierte, war eine politische Kraft, die als aufständische Gruppe begann, die sich gegen die diktatorische Militärjunta auflehnte, aber später die Expansion eines Großstaats unterstützte, der sich dann daran machte, die eigenen Gründer zu fressen.

Welche Rolle spielte der europäische Kolonialismus bei der Schaffung dieser Konflikte? Und welche Rolle spielt er heute noch?

Der europäische Kolonialismus hatte nachhaltige Auswirkungen auf Afrika, vor allem was die Bildung von Grenzen und modernen Nationalstaaten betrifft: Fast alle afrikanischen Staaten sind Ergebnisse des kolonialen Projekts. Wir glauben jedoch nicht, dass dieser Krieg ein Erbe des europäischen Kolonialismus ist, da es sich um einen faschistischen Versuch handelt, eine Bevölkerung von sechs Millionen Menschen um des „Wohlstands und des Friedens" willen zu bombardieren und auszuhungern. Allerdings sind die europäischen Regierungen dafür verantwortlich, diesen völkermörderischen Krieg gegen Tigray zu ermöglichen, indem sie Abiy stützen, ihm Legitimität verschaffen und seine Verbrechen um der neoliberalen „Reformen" willen decken, die er versprochen hat.

Was könnten eurer Meinung nach die Folgen dieses Krieges sein?

Was wir am meisten befürchteten, war, dass es eine brutale ethnische Säuberung im Geheimen geben würde, aber das ist in West-Tigray bereits geschehen und geschieht weiterhin, obwohl die internationale Gemeinschaft weiß, dass dies geschieht und es viele Beweise für einen Völkermord gibt, die in verschiedenen Formen auftauchen. Die Taktik der kollektiven Bestrafung, die Premierminister Abiy anwendet, lässt viele hungern, und wir hören, dass viele keinen Zugang zu lebensrettender Medizin haben. Wir glauben, dass die TPLF noch für Jahre oder sogar Jahrzehnte den bewaffneten Kampf führen wird und selbst wenn die Spitzen der TPLF gefangen genommen werden, ist es schwer vorstellbar, dass die Menschen in Tigray einen regionalen Präsidenten und „CEO", der von einem faschistischen Führer eingesetzt wird, mit offenen Armen empfangen würden. Die Unterstützung in der Bevölkerung, die dieser

Krieg in anderen Teilen des Landes hat, deutet auch auf den Faschismus hin, der den Rest Äthiopiens einnimmt und es für viele unvorstellbar macht, dass Tigray als Teil Äthiopiens weiterbestehen wird. Wir erwarten, dass eine sehr starke und lange Unabhängigkeitsbewegung daraufhin entfacht wird.

In einem Versuch, abweichende Meinungen zu unterdrücken, führt die äthiopische Nationale Verteidigungsarmee nun Zwangsrekrutierungen von jungen Tigrayern in den von ihr kontrollierten Gebieten durch und vergewaltigt in großem Umfang junge Frauen und Mädchen. Dies hat dazu geführt, dass wehrfähige junge Menschen sich absetzen, um sich den TDF, den Tigrayan Defense Forces, anzuschließen, die nun eine Art Volksarmee der Tigrayer*innen ist, der sich Student*innen, Arbeiter*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen und ganz allgemein alle anschließen, die nicht in ihren Häusern bombardiert oder in Kirchen massakriert werden wollen, auch ohne eine entsprechend Ausbildung, weil es keine andere Möglichkeit gibt, wenn man sich, die eigene Gemeinschaft und Identität verteidigen will.

Premierminister Abiy war 2019 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Wie hat das seine Positionen oder sein Handeln in diesem Krieg beeinflusst?

Wie Arwa Mahdawi einmal sagte, ist der Friedensnobelpreis wie ein Who-is-Who der *Hawks*[1] und Kriegsverbrecher. Die jüngsten Empfänger dieses Preises, darunter der genozidale Kriegsverbrecher Abiy Ahmed, Juan Manuel Santos, die EU und Barack Obama, sprechen für sich. Wir wollen also nicht überheblich sein und sagen, dass wir etwas Besseres vom Friedensnobelpreiskomitee erwartet haben, denn ehrlich gesagt, das haben wir nicht. Aber hier ist sehr interessant, dass die Person, die Abiy für den Friedenspreis empfohlen und einen sehr mitreißenden Brief über seine Leistungen geschrieben hat, Herr Awol Allo, nun an der Spitze derjenigen steht, die eine kritische Haltung gegen Abiy einnehmen, wobei viele sogar fordern, dass ihm der Friedenspreis wieder entzogen werden solle. Wir können auch nicht die Legitimität und Popularität leugnen, die ihm der Friedensnobelpreis und seine mitreißende Friedenspreisrede über die Schrecken des Aufwachsens in einem Krieg eingebracht haben. Der internationale Ruhm und die Unterstützung, die er für seinen Charme erhielt, machten es für viele unmöglich, anzunehmen, dass er wirklich in der Lage wäre, all die Schrecken zu begehen, die Flüchtlinge erzählten.

Premierminister Abiy Ahmed mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Gibt es in Teilen der Bevölkerung eine antimilitaristische oder gar antinationalistische Stimmung?

Das ist leider nicht der Fall. Die EPRDF[2] war ein sehr tyrannisches Regime und die Menschen verabscheuen es. Nach seinem Machtantritt 2018 hat Abiy mit einer beeindruckenden PR-Taktik die TPLF dämonisiert. Umfangreiche Menschenrechtsverletzungen, die unter der EPRDF-Herrschaft begangen wurden, wurden der TPLF im Speziellen und der Tigrinya-sprechenden Bevölkerung im Allgemeinen zugeschrieben. Es gab zahlreiche Massaker in verschiedenen Teilen des Landes, von denen die meisten der TPLF und der OLF[3] angelastet wurden, ohne dass es dafür Beweise oder auch nur ein fragwürdiges Gerichtsverfahren gab. Der jahrzehntelange militante Nationalismus, der sich in Teilen des Landes entwickelt hat, scheint nun seinen Höhepunkt erreicht zu haben und hat Tausende von Menschenleben gekostet. Es geht jetzt vor allem um Vergeltung und Rache, nicht um multinationale Zusammenarbeit gegen Faschismus und Unterdrückung.

Einige Leute glauben, dass dies ein Krieg für Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden sei, sie glauben, dass dies das Ende all der Schrecken sein werde, von denen wir in den letzten drei Jahren gehört haben (die Morde, die Abiy ohne jeden Beweis der TPLF zugeschrieben hat) – das wird es nicht. Andere hegen seit langem einen Groll gegen die TPLF und die Menschen in Tigray, und dies ist eine Chance zur Rache. Und für fanatische äthiopische Nationalist*innen ist dies eine Chance, den ethnischen Föderalismus, unter dem das Land in den letzten drei Jahrzehnten stand, zu demontieren und einen stärker zentralisierten Staat zu schaffen. Die divergierenden Interessen, die starke staatliche Kontrolle der Medien und der Berichterstattung sowie die Unterdrückung von Anti-Kriegs-Stimmen haben dazu geführt, dass die Öffentlichkeit dazu verleitet wurde, einen Krieg zu unterstützen, dessen Opfer sie auf lange Sicht sein wird. In jüngster Zeit sind es die Berichte der staatlichen Medien, die den Eindruck erwecken, dass der Krieg in Tigray nun zu Ende sei, aber es gibt auch Berichte unabhängiger Medien, die darauf hinweisen, dass der Krieg sehr brutal war und dass er weiterhin Zivilisten ins Visier nimmt und Vergewaltigung und Hunger als Waffe einsetzt.

Was können Anarchist*innen in einer solchen Situation tun?

Anarchist*innen auf der ganzen Welt zeigen bereits ihre Solidarität mit Tigray, indem sie sich an der Organisation von Protesten beteiligen, das Bewusstsein schärfen, Firmen boykottieren, die den Völkermord unterstützen und ermöglichen, und indem sie uns auf die kreativste Weise unterstützen. Wir haben Genoss*innen aus der ganzen Welt, die uns auf Twitter @HornAnarchists kontaktieren und ihre Unterstützung bei der Organisation von Protesten in ihren Städten anbieten, mit Grafiken aushelfen, uns Bilder von Aktionen für Tigray schicken, an denen sie teilgenommen haben, und dafür sind wir mehr als dankbar. Wir rufen auch weiterhin lokale Anarchist*innen dazu auf, sich im Antikriegsaktivismus zu engagieren und dabei zu helfen, Unterstützung für die Opfer des Krieges zu organisieren.

Wie wir überall auf der Welt sehen konnten, haben Anarchist*innen und Antiautoritäre in Krisenzeiten, bei Kriegen oder Naturkatastrophen wie Erdbeben, immer wieder eine erstaunliche Fähigkeit gezeigt, Selbsthilfe an Ort und Stelle zu organisieren, viel früher und manchmal belastbarer als es Staaten konnten. Habt ihr davon etwas erlebt?

Wegen des Stromausfalls wissen wir nicht, ob das in allen Teilen von Tigray geschehen ist. Wie auch immer, die Menschen sind mit Revanchist*innen konfrontiert, die sie ausrotten wollen, und haben kaum noch Ressourcen, da die Banken geschlossen und die Versorgungsketten unterbrochen sind. Wir denken, dass die Selbstorganisation der Gemeinschaft und gegenseitige Hilfe die einzige Möglichkeit ist, wie die Menschen dies überleben können. Neue Berichte aus Mekelle (der Hauptstadt von Tigray) zeigen auch, dass die Menschen durch gegenseitige Hilfe in der Lage waren, Leben zu retten. Aber wir sind sicher, dass es viele faszinierende Wege gegeben haben wird, wie Menschen mit der Situation umgegangen sind, als der Staat nicht mehr funktionierte und die einzige Möglichkeit des Überlebens in der Zusammenarbeit bestand.

Wie wirkt sich Covid-19 auf die Situation in Äthiopien aus – und wie sieht der Alltag der Menschen aus?

Glücklicherweise gehört Äthiopien nicht zu den Ländern, die von Covid hart getroffen wurden. Vor ein paar Monaten hatten viele Menschen, die in der

Anzeige

Dienstleistungsbranche arbeiten, ihre Arbeit verloren, aber jetzt, wo die Beschränkungen aufgehoben wurden, scheinen die Dinge wieder ihren gewohnten Gang zu gehen. Nichtsdestotrotz gibt es Berichte über viele Tests, die positiv ausfallen, und das ist eine große Besorgnis darüber, was in Tigray passiert, wo alle Transporte blockiert sind und die Landesregierung den Haushalt aussetzt und sich weigert, Covid-Testkits, Masken und Desinfektionsmittel zu schicken, die für die Menschen in Tigray gedacht waren.

Wo kann man mehr Informationen in englischer Sprache über den Krieg finden, vielleicht sogar aus einer antiautoritären Perspektive?
Da Abiy Ahmed den Zugang zu den Medien blockiert hat, kamen die meisten Nachrichten von Geflüchteten, die es geschafft haben, zu fliehen. Internationale Medien sprachen mit Geflüchteten und veröffentlichten entsprechende Geschichten, aber jetzt haben nur wenige Medien Zugang zu bestimmten Teilen der Region. Twitter-Nutzer wie @Meaza und @MapEthiopia liefern Updates aus verschiedenen Quellen. Wer den Hashtags #Tigray-Genocide und #StopWarOnTigray folgt, kann sich ebenfalls ein Bild von den jüngsten Entwicklungen machen. Und @OmnaTigray organisiert Kampagnen und gibt Analysen des Geschehens. ■

Endnoten:
1 Ein Ausdruck aus den USA für aggressive Außenpolitiker*innen, Anm. d. Red.
2 *Ethiopean People's Revolutionary Democratic Front*, eine Koalition, die Äthiopien 1991-2019 regiert hat, Anm. d. Red.
3 *Oromo Liberation Front*, eine regionalistische politische Organisation der Gruppe der Oromo in Äthiopien, Anm. d. Red.

Redebeitrag für die Kundgebung „Anarchistische Perspektiven in der Pandemie“

Von: Maurice Schuhmann

Das Jahr 2021 ist für die anarchistische Szene bzw. Bewegung ein Jubiläumsjahr. Wir erinnern uns:
An die Erhebung der Pariser Bevölkerung vor 150 Jahren, die unter dem Namen „Pariser Commune“ bekannt wurde, aber auch auf andere Städte überschlug – und partiell als Vorbild für die Organisation in Rojava dient. An den Aufstand der Matrosen von Kronstadt, die sich gegen die bolschewistischen Fehlentwicklungen in der russischen Revolution zur Wehr setzten. An den Beginn einer sozialen Revolution im republikanischen Teil von Spanien.

Jenseits aller kritisch zu hinterfragenden Mystifizierungen und Glorifizierungen jener Ereignisse sollten wir uns auch an die Worte Erich Mühsams erinnern: „Nehmt das Schwert des Toten – und erfüllt sein Hoffen“. Es gilt in einer schier hoffnungslosen Situation Hoffnung aus der Erinnerung zu ziehen, aber mehr als das gilt es, Lehren zu ziehen und von den dort gemachten Erfahrungen zu lernen.

Diese Ereignisse – die Pariser Commune, der Aufstand von Kronstadt und die soziale Revolution in Spanien stehen für Versuche, eine andere Gesellschaftsform, eine Gesellschaftsform, die wir in den Worten des spanischen Anarchisten Buenaventura Durrutis „bereits in unseren Herzen tragen“ in die Tat umzusetzen. Sie sind alle gescheitert – aus unterschiedlichen Gründen – sowie bisher jede politische oder soziale Revolution mehr oder weniger mittelfristig gescheitert ist. Sie sind aber nicht alle im gleichen Masse gescheitert und sie haben uns wichtige Erfahrungen hinterlassen, auf denen wir aufbauen können. Es sind Erfahrungen, die für eine Umgestaltung einer Gesellschaftsordnung unumgänglich sind.

Die Commune von Paris hat uns ein Beispiel beschert, wie die Organisation bzw. die Selbstorganisation einer Stadt aussehen kann. Auch wenn sicherlich vieles noch nicht perfekt war – so haben

die Bürgerinnen und Bürger von Paris ein Beispiel für eine weniger hierarchische Organisation einer Stadtgemeinschaft geliefert. Der Erfolg bzw. die Umsetzung dessen war aber auch nur möglich, weil es bereits Erfahrungen gab, auf die man sich beziehen konnte bzw. ein größerer Teil der Bevölkerung bereits mit Ideen von Mutualismus, Selbstorganisation und Föderalismus vertraut war. Bei aller Kritik am sogenannten „Vater der Anarchie“ – Pierre Joseph Proudhon – mögen wir anerkennen, dass seine Projekte wie die kurzlebige Volksbank und seine Schriften die Bevölkerung geschult hatten und einen Nährboden bereitet haben. Eine weitere historische Erfahrung, die hineingespielt hat, war die französische Revolution von 1789. Das Organisationsmodell der Commune orientierte sich am Rätemodell von 1792/93 und wurde perfektioniert. Die Bevölkerung lernte aus der Geschichte.

Die soziale Revolution in Spanien mit den erfolgreichen Kollektivierungen und Kooperativen wäre ohne einen langen Prozess der Schulung im Vorfeld nicht möglich gewesen. Die von Kommunist*innen wie Rosa Luxemburg als „revolutionäre Gymnastik“ verspotteten Aktivitäten wie Revolten und Streiks, die wir im spanischen Proletariat nachvollziehen können, haben den Menschen ein Selbstbewusstsein für die eigene Stärke und die eigenen Potentiale gegeben, das ihnen ermöglichte, die schier übermenschliche Aufgabe der kurzfristigen Umgestaltung der Gesellschaft auf sich zu nehmen. Wie gut es funktionierte, kann man der Anekdote von George Orwell entnehmen, der bemerkte, dass die Straßenbahn in Barcelona zu keiner Zeit so pünktlich fuhr und zuverlässig war – wie unter der anarchistischen Selbstverwaltung.

Wenn wir uns also an die großen Ereignisse erinnern, sollten wir nicht den Fehler machen, den einige Insurrektionalist*innen in unseren Reihen tun, nämlich den Aufstand an sich zu glorifizieren. Der Aufstand an sich ist nur die Spitze des Eisberges. Wichtiger ist es, Selbstverwaltung und -organisation in unseren Strukturen zu erproben und erlernen, also eine neue Kommunikations- und produktive Streitkultur zu entwickeln.

Unsere Gesellschaften werden mit fortschreitender Technisierung und Bürokratisierung immer komplexer. Davon dürfen wir uns nicht abschrecken lassen. Allerdings müssen wir darüber hinaus kommen, uns mit selbstverwalteten Strukturen im kleinsten Bereich – wie selbstverwalteten Fahrradwerkstätten, Bioläden und Kneipen zufrieden zu geben. Es wird Zeit, wenn wir den Wunsch einer Gesellschaftsveränderung Ernst nehmen, Selbstverwaltung im größeren Rahmen zu erproben. Enden möchte ich mit den Worten von Theodor Herzl, der das Vorwort seines Werkes „Der Judenstaat“ mit den Worten schloss – „Wenn ihr wollt, ist es kein Traum.“ ■

Die Expansionspolitik des türkischen Staates in Südkurdistan – Eine Friedensdelegation berichtet

Von: Clara Schuhmann und Lea Schlüther

Am 24. April startete der türkische Staat eine großangelegte Militäroperation in Südkurdistan, dem Nordirak. Seitdem werden die Gebiete Zap, Avaşîn und Metîna aus der Luft sowohl von Kampfjets, Drohnen und Hubschraubern als auch durch Bodentruppen der türkischen Armee zusammen mit islamistischen Söldnern angegriffen, bei denen es auch zum Einsatz von Giftgas kam. Bis heute haben diese Angriffe dazu geführt, dass mehrere Dutzend Dörfer evakuiert werden mussten und über 1500 Menschen gezwungen waren, ihr Zuhause zu verlassen. Wir konnten bei Besuchen selbst sehen, dass das türkische Militär auch nicht davor zurück schreckte, Dörfer und Bewohner*innen direkt anzugreifen.

Angesichts dieser Angriffe und der drohenden Besatzung von immer mehr Gebieten in Südkurdistan durch das türkische Militär und im Bewusstsein des Schweigens der internationalen Gemeinschaft und Öffentlichkeit, startete ab Anfang Juni eine Friedensdelegation nach Südkurdistan. Teil der Delegation sollten 150 Personen aus ganz Europa sein, darunter Gewerkschafter*innen, Feminist*innen, Klima- und Ökoaktivist*innen, Parlamentarier*innen und Internationalist*innen.

Aus Deutschland nahmen sowohl Politiker*innen der Partei Die Linke, Mitglieder des Sprecher*innenrats von linksjugend solid, als auch Aktivist*innen von Ende Gelände, der FAU, dem VVN-BdA oder dem Kurdischen Frauenbüro für Frieden CENÎ e.V. teil. Und auch wir – zwei Internationalist*innen aus Mittelhessen schlossen uns der Delegation an.

Eine neue Dimension des türkischen Krieges in Südkurdistan

Seit Jahren führt die Türkei einen Krieg gegen die Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel – HPG) und Frauenverteidigungskräfte (Yekîneyên Jinên Azad ên Star – YJA STAR) der Arbeiterpartei

Kurdistans (PKK) in Südkurdistan. Die aktuelle Offensive der Türkei stellt jedoch den umfassendsten Angriff auf die Guerillagebiete und Südkurdistan, seit der einseitigen Aufkündigung des Friedensprozesses durch die türkische Regierung 2015, dar. Diese jüngsten Angriffe der Türkei, wurden wohl bereits seit dem vergangenen Winter vorbereitet. Seitdem wurden verstärkte Truppen- und Materialtransporte auf der türkischen Seite der türkisch-irakischen Grenze beobachtet. Die Angriffe in den vergangenen Jahren dauerten meist nur wenige Wochen und bezogen sich auf einzelne Gebiete entlang der Grenze oder tiefer im Landesinneren, wie zuletzt im Februar diesen Jahres, als die Türkei das Gebiet Garê angriff. Resultat dieser Operation war es, dass die Türkei ein Kriegsgefangenenlager der PKK bombardierte, dabei 13 eigene Polizisten und Soldaten tötete und sich nach vier Tagen wieder zurückziehen musste. Die Offensive seit dem 24. April 2021 allerdings findet entlang weiter Teile der Grenze statt. Die Operation, die in der türkischen Propagandamaschinerie unter dem Namen Klauenblitz läuft, ist auch eindeutiger als vergangene Operationen darauf ausgelegt, eine dauerhafte Besatzung der Gebiete zu erreichen. Seit Beginn werden massiv Militärbasen errichtet, sowie Straßen gebaut und dafür ganze Landstriche gerodet.

Dieser Krieg findet in der Autonomen Region Kurdistan, im Nordirak statt. Meist wird die Region auch einfach als Südkurdistan bezeichnet, da sie, Kurdistan als ganzes gesehen, im Süden liegt. Es ist wichtig die Autonome Region Kurdistan nicht mit dem Aufbau der Demokratische Autonomie, wie sie u.a. in Rojava passiert, zu verwechseln. Vielmehr handelt es sich bei der Autonomen Region Kurdistan um eine semi-staatliche Struktur, welche unter der Kontrolle und dem Einfluss zweier kurdischer Parteien steht: Der Demokratischen Partei Kurdistans (Partiya Demokrata Kurdistanê – PDK) und der Patriotischen Union Kurdistans (Yekêtiy Nîştimaniy Kurdistan – PUK). Im Unterschied zu der Perspektive der kurdischen Freiheitsbewegung, welche von den Ideen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) getragen wird, wird hier ein staatliches und kapitalistisches System aufgebaut. Trotz dem Versuch der kurdischen Freiheitsbewegung eine kurdische Einheit zu finden, führen diese unterschiedlichen Ziele und politischen Vorstellungen zwischen der KDP, PUK und der PKK immer wieder zu Konflikten. Die KDP erhofft sich durch eine Schwächung der PKK, ihren Einfluss in der kurdischen Gesellschaft, als auch International, zu halten oder gar auszubauen. Nur so lassen sich die starken Verbindungen der KDP zum türkischen Staat und gegen die kurdische Einheit erklären, wie wir sie auf unserer Delegation immer wieder zu spüren bekommen haben.

Die Delegation in Erbil: Verhaftungen, Abschiebungen und ständige Überwachung

Auf unserem Flug nach Erbil (Hewlêr), der Hauptstadt der Autonomieregion, sahen wir bereits die ersten Auswirkungen des Krieges: riesige Waldbrände, die teilweise durch die Bombardierungen der Türkei ausgelöst oder aber auch absichtlich gelegt wurden und werden. Zum einen soll damit die Be-

Anzeige

wegungsfreiheit der Guerilla eingeschränkt, zum anderen die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung zerstört werden. Geht es nach den Plänen des türkischen Staates, sollen diese Regionen entvölkert werden.

Unser Ankommen in Erbil war ruhig, wir hatte noch keine Probleme mit der Einreise. Erst am 9. Juni als das Innenministerium der Autonomieregion ein Statement veröffentlichte, wonach sich eine Delegation in der Autonomieregion aufhalten würde, deren Ziel es sei Chaos und Unruhe zu stiften und damit ziemlich eindeutig wir gemeint waren, begann sich die Situation zu verändern. Der größte Teil der folgenden Gruppen, die sich der Delegation anschließen wollten, bekamen Probleme auf dem Weg, die meisten Personen wurden am Flughafen Erbil aufgehalten und es wurde ihnen die Einreise verwehrt, einige Personen wurden bereits im Transitbereich anderer Flughäfen aufgehalten und zurückgeschickt, wie zum Beispiel in Doha, Katar. Doch am drastischsten und repressivsten agierten wohl die deutschen Behörden. So wurden am 12. Juni am Flughafen Düsseldorf mehr als 20 Personen daran gehindert in die Autonome Region Kurdistan, Nordirak, zu reisen. Die angegebene Begründung bedarf keiner langen Analyse. Die Bundespolizei schrieb sehr eindeutig: Die Ausreise von Personen mit deutschem oder europäischem Pass würde die „Beziehungen zur Türkei weiter negativ belasten“. Ob dies auf eigenes Bestreben der Bundesregierung und bevor sich Erdoğan beschweren konnte oder aber in direktem Kontakt mit den türkischen Behörden beschlossen wurde, ist nicht geklärt. Fest steht, dass sich die Bundesregierung der BRD durch die Ausreisesperren, die über die Mitglieder der Friedensdelegation verhängt wurden, einmal mehr zum Komplizen des Krieges und der faschistischen Politik des türkischen Staates gemacht hat.

Auch diejenigen, die es bereits nach Erbil geschafft hatten, bekamen zunehmend Repressionen zu spüren. So wurde der Linkenpolitiker Hakan Taş nach seiner Einreise 15 Stunden lang von den lokalen Sicherheitsbehörden festgehalten und verhört. Viele internationale Aktivist*innen und Journalist*innen, u.a. aus Slowenien, Schweden, Belgien und Deutschland, wurden nach zum Teil tagelangem Warten im Transitbereich des Flughafens in Erbil und ohne schriftliche Begründungen wieder abgeschoben. Dieses Mal trafen die Repression der KDP auch Internationalist*innen, generell werden aber Oppositionelle, ob Journalist*innen, Politiker*innen oder Aktivist*innen, immer wieder von den Sicherheitsorganen der KDP verhaftet und verschleppt. Über Wochen und Monate ist dann der Aufenthaltsort der Inhaftierten unbekannt, geschweige denn eine formale Anklage erhoben. Dies passierte auch unter den Augen der Delegation. Am 10. Juni wurden die PYD-Mitglieder Mistefa Osman Xelîl und Mistefa Ezîz Mistê, so wie der Vertreter der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien (Rojava) in Hewlêr, Cihad Hesen von der KDP am Flughafen in Erbil verhaftet und verschleppt. Ihr Aufenthalt bis bis heute ungeklärt.

Seit diesen Tagen, stand die Arbeit der Delegation unter ständiger Beobachtung der lokalen Regierung und den Sicherheitskräften der KDP. Selbst bei der

Besichtigung der historischen Zitadelle Erbils wurden auf dem Hinweg die beiden Busse von zwei Polizeiautos begleitet. In den Lobbies der Hotels, in denen wir uns als Delegierte aufhielten, sammelten sich zunehmend und ohne unentdeckt bleiben zu wollen, verschiedenste Mitglieder staatlicher Behörden, darunter vermutlich nicht wenige Geheimdienstler, die die Delegierten beobachteten, ihre Pässe an der Rezeption abfotografierten und Fragen stellten.

Für den 14. Juni war eine Pressekonferenz vor dem UN-Gebäude in Erbil geplant. Auf dieser sollte die Initiative „Defend Kurdistan“ ausgerufen werden, welche das Ziel verfolgt, die Invasion zu stoppen und das internationale Schweigen zu diesem Krieg zu brechen. Die internationale Öffentlichkeit war bis dahin so gut wie ausgeblieben. Nach der Konferenz wollte die Delegation nach Norden fahren um dort mit den vertriebenen Zivilist*innen ins Gespräch zu kommen und sich in den entvölkerten Gebieten selbst ein Bild von den Auswirkungen des Krieges zu machen. Doch dass das von der KDP nicht gewünscht war, wurde schon am Abend zuvor deutlich. Ein spontanes Treffen der Delegation mit Safeen Dizayee, dem Außenminister der Autonomieregion, Mitglied der KDP, verlief erwartungsgemäß holprig und trotz der direkten Frage nach einer Genehmigung der Pläne für den kommenden Tag, umging der Außenminister das Thema bewusst. So war es keine Überraschung, dass der folgende Tag damit begann, dass sich vor den Hotels, in denen sich die Delegierten aufhielten, Polizei positioniert hatte. Schnell wurde klar, dass sie uns weder vor das UN-Gebäude noch aus der Stadt, geschweige denn in die betroffenen Gebiete reisen lassen würden. So wurde die Pressekonferenz kurzerhand in der Hotellobby veranstaltet. Als danach entschlossene Delegierte, allen voran FLINT*-Personen, versuchten, das Hotel als Gruppe zu verlassen um zum UN-Gebäude zu gehen wurden sie nach wenigen Metern von der Polizei gestoppt. Uns wurde mit einer sofortigen Abschiebung gedroht, sollten wir nicht wieder in das Hotel zurück gehen. So war die gesamte Delegation für die nächsten zwei Tage de facto unter Hausarrest gestellt und durfte das Hotel nur in kleinen Gruppen verlassen. Diese Repressionen, die ständige Überwachung und Einschränkungen der Arbeit der Delegation, zwang uns schließlich dazu, Erbil zu verlassen und unsere Aktivitäten nach Sulaimaniyya zu verlagern, in den PUK-kontrollierten Teil der Autonomieregion.

Peyman Talib im Gespräch in Kuna Masi

Die Auswirkungen des Krieges – Türkische Drohnenangriffe in Kuna Masi und Gelale

In Sulaimaniyya hatten wir dann auch die Möglichkeit, die Auswirkungen der türkischen Angriffe in Südkurdistan mit eigenen Augen zu sehen. Wir wurden von einer Familie ins Dorf Kuna Masi eingeladen. Der Besuch begann erneut mit Schikanen der Sicherheitskräfte. Bereits am Dorfeingang wurden wir aufgehalten, den Grund dafür sollten wir später noch erfahren. Nach Diskussionen mit den Sicherheitskräften wurde uns schließlich gestattet zu der Familie zu fahren, wenn auch nur für eine halbe Stunde.

Das Dorf Kuna Masi wurde am 25. Juni 2020 Ziel eines türkischen Luftangriffs. An diesem Tag bombardierte das türkische Militär mit einer Kampfdrohne

die Ortschaft. Bei dem Angriff starben 2 Menschen, mindestens neun weitere wurden verletzt, darunter auch alle vier Mitglieder der Familie. Peyman Talib verlor eines ihrer Beine, ihr Mann Keywan Kawa sowie ihre beiden sieben und fünf Jahre alten Kinder wurden schwer verletzt. Dem fünfjährigen Sohn stecken noch immer Metallsplitter im Kopf, die aufgrund des hohen Risikos nicht entfernt werden können. Im Gespräch mit Peyman Talib und Keywan Kawa appellierten sie an uns, ihre Geschichte in unsere Heimatländer zu tragen und für ein Ende der Waffenlieferungen an die Türkei zu kämpfen, die diese Angriffe erst möglich gemacht hatten. Zu sehen, was diese Familie durchmachen musste und wie sie seit dem Angriff nicht nur trotz aller Schwierigkeiten ihr Leben bestreitet, sondern auch aktiv für den Frieden und gegen die türkische Besatzung einsteht, war für uns beeindruckend. Wie wichtig dieses Einstehen ist, wurde uns nochmal verdeutlicht, als wir Abends wieder in Sulaimaniyya waren. Keine halbe Stunde nachdem wir das Dorf verlassen hatten, kam es wenige Kilometer entfernt, erneut zu einem Drohnenangriff der Türkei im Dorf Gelale. Zwei Personen starben, eine weitere wurde schwer verletzt. Die Polizei am Dorfeingang hatte uns den Besuch untersagen wollen, weil anscheinend schon seit längerem Drohnen über dem Gebiet kreisten. Dieser Tag ist uns am eindrücklichsten im Gedächtnis geblieben. Das Leid, das dieser Krieg auslöst, mit eigenen Augen zu sehen und aufgefordert zu werden, diese Geschichte und Bilder nach Europa zu tragen um dafür zu kämpfen, dass er aufhört, ist wohl der eindeutigste Auftrag den wir bekommen haben.

Halabdscha – Ein Mahnmal für internationale Verantwortungen gegen den Krieg

Auch der Besuch in Halabdscha, einer Stadt nahe der iranischen Grenze, verdeutlichte uns die Wichtigkeit unseres Kampfes gegen Waffenexporte. Halabdscha hat heute etwa 60.000 Einwohner*innen und ist eine wunderschöne grüne Stadt in einer sonst sehr trockenen Region. Halabdscha ist der Welt heute allerdings vor allem wegen etwas Anderem bekannt. Halabdscha galt als eine Hochburg des kurdischen Widerstands gegen das Baath-Regime unter Saddam Hussein. Am 16. März 1988 kam es zu einem der größten staatlichen Angriffe mit chemischen Waffen auf die eigen Zivilbevölkerung. Das irakische Militär beschoss zunächst die Stadt mit konventionellen Waffen und begann schließlich mit dem Einsatz von Senf Gas, Sarin, Tabun und dem Nervenkampfstoff VX. 5000 Menschen verloren an diesem Tag ihr Leben in Halabdscha, 10.000 wurden verletzt. Die Folgen sind bis heute zu sehen und zu spüren: Erhöhte Raten von Fehlgeburten und Krebserkrankungen

Anzeige

und psychologische Traumata zehntausender Menschen. Warum auch dieses Massaker uns verpflichtet hierzulande gegen Waffenexporte und Zusammenarbeit mit Diktaturen zu kämpfen? 1027 Tonnen Chemikalien, die für die Produktion der Chemiewaffen gebraucht wurden, kamen aus der BRD und mehrere deutsche Firmen waren direkt am Aufbau der Anlagen für die Giftgasproduktion beteiligt. Nach dem Massaker in Halabdscha kam es in Deutschland zu Verfahren gegen 22 Personen die für eben diese Firmen arbeiteten. Zehn von ihnen wurden angeklagt, doch lediglich 3 verurteilt, zu jeweils weniger als zwei Jahren auf Bewährung.

Der Krieg in Südkurdistan ist auch ein Krieg gegen Rojava

Der derzeitige Krieg ist nicht nur eine direkte Gefahr für hunderttausende Menschen in Südkurdistan. Er ist auch ein Angriff und eine Gefahr für alle andere Teile Kurdistans, allen voran Rojava. Mit der Besatzung Südkurdistans soll die vollständige Isolation Rojavas erreicht werden. Denn der einzige aktuell geöffnete Grenzübergang Semalka zwischen Syrien und dem Irak liegt keine zwei Kilometer vom Dreiländereck Syrien-Irak-Türkei entfernt. Sollte die Türkei dieses Gebiet kontrollieren, wird sie diese wichtige Verbindungslinie kappen. Die sowieso schon schlechte Versorgungslage Nordostsyriens, die durch das Embargo und die anhaltende Dürre sowie das Zurückhalten von Wasser durch die Türkei in diesem Jahr besonders kritisch zu werden droht, würde sich damit noch um ein vielfaches verschlimmern. Ein noch weiter besetztes Südkurdistan, würde bedeuten, dass Rojava von allen Seiten, von offen feindlichen Kräften umgeben ist. Es ist also mehr als augenscheinlich, dass diese Besatzungsoperation, die gezielte Zerstörung der Natur, die Angriffe auf Dörfer und ihre Bewohner*innen, nicht nur gegen die Guerilla der kurdischen Freiheitsbewegung der PKK oder gegen Südkurdistan gerichtet sind, sondern gegen das gesamte kurdische Volk und seine Verbündeten. Ganz konkret sind auch das Leben und die Freiheit der Menschen in Rojava bedroht. Sie birgt auch die Gefahr, dass die Revolution die sich dort seit nun knapp einem Jahrzehnt in allen Lebensbereichen vollzieht und noch immer trotz aller Schwierigkeiten in vollem Gange ist, zerstört werden könnte.

Unsere Verantwortung als Internationalist*innen, Antifaschist*innen, Feminist*innen und als gesamte Gesellschaft:

Als Internationalist*innen, Antifaschist*innen, Feminist*innen, als Menschen die, Hoffnung auf eine bessere Welt haben und die diese Hoffnung in den letzten Jahren aus der Revolution in Rojava und auch aus dem Kampf der Guerilla geschöpft haben, muss es also klar sein, dass dieser Angriff auch ganz konkret ein Angriff auf unsere Ideale, unsere Hoffnung und unsere Freund*innen in Kurdistan sowie unseren gemeinsamen Kampf ist. Dessen müssen wir uns als Menschen in Europa und gerade in Deutschland, das die Türkei so massiv in ihrem Krieg finanziell, militärisch und politisch unterstützt, endlich bewusst werden und entsprechend handeln. Als Anfang 2018 Afrin angegriffen wurde, als im Herbst 2019 Rojava von der Türkei zusammen mit islamistischen Söldnern angegriffen wurde und Girê Spî und Serêkaniyê besetzt wurden, gab es in Europa monatelang Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg und in Solidarität mit der Bevölkerung und der Revolution. Die Angriffe jetzt stellen in gleicher Hinsicht eine Bedrohung für die Menschen der Region sowie für die Revolution in Rojava dar, deshalb müssen wir, wie in den Jahren 2018 und 2019, eine bereite Bewegung der Solidarität aufbauen um all die Errungenschaften der Revolution in Kurdistan zu verteidigen.

Auf unserer Reise ist einmal mehr klar geworden: Die Bevölkerung in Kurdistan ist gegen diesen Krieg. Ihnen ist bewusst, dass die Angriffe auf die gesamte kurdische Bevölkerung abzielen. Und es ist klar, dass die KDP nicht vorrangig im Interesse der Gesellschaft handelt, sondern ihre eigenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verfolgt. Umso öfter wurde an uns als Vertreter*innen der internationalen Gemeinschaft appelliert, auf der Seite der Bevölkerung zu stehen und aktiv Verantwortung zu übernehmen, damit dieser Krieg – wie auch alle anderen Kriege – gestoppt werden kann. ■

„Wie ein Taifun, schlagartig und ohne großes Blabla...“

Von: Sabot44

Es sind die Folterberichte aus den Gefängnissen der Türkei, Libyens oder den USA, die es hierzulande ab und zu in die großen Medien schaffen. Deutsche Justizvollzugsanstalten wirken dagegen fast harmlos. Die breite Masse der Bevölkerung dürfte nur eine vage Vorstellung von dem Alltag in deutschen Gefängnissen haben. Die furchtbare Realität lassen uns nur selten bekanntwerdende Fälle, wie vor einem Jahr erst der Tod von Ferhat Mayouf, erahnen. Ebenfalls letztes Jahr ist ein Buch erschienen, dass diese von der Gesellschaft entfremdete Welt aus nächster Nähe beschreibt.

Andreas „der Taifun“ Krebs Salih, erfolgreicher Kampfsportler, Motorradfan und lebenslanger Rebell hat bis heute 20 Jahre seines Lebens hinter Gittern verbracht. Den Großteil, 17 Jahre, in verschiedenen deutschen Vollzugsanstalten. Aus seiner Zelle heraus entwickelte er eine rege politische Aktivität. So baute er die Gefangenengewerkschaft mit auf, setzte sich mit Hungerstreiks und anderen Aktionen für seine Rechte und die seiner Mitgefangenen ein und schrieb wie kaum ein Anderer Briefe und Beiträge über den Knastalltag in Deutschland. Auf bitten seiner Unterstützer*innen und Freunde hat „Andi“ seine zahlreichen Erlebnisse nun niedergeschrieben. In dem entstandenen Buch „Der Taifun – Erinnerungen eines Rebellen“ berichtet er ausgehend von seinen Tagebuchaufzeichnungen auf knapp zweihundert Seiten von seinem Leben, insbesondere von den Jahren als Langzeithäftling. Brutal beschreibt Andreas die allgegenwärtige Gewalt im Knast, spricht offen über Suizid, Folter und Isolation. Oft anekdotisch beschreibend, nicht immer zeitlich aufeinander folgend reiht sich ein Kapitel an das Nächste. Gefüllt sind sie mit Episoden aus Andreas Leben und Geschichten über das Schicksal seiner Mitgefangenen. Wie die seines Freundes Dimitri. Als er wie jeden Tag die Gefangenenliste für die Bibliotheksnutzung aktualisiert bemerkt er, dass neben Dimitris Namen das Wort ABGANG eingetragen ist. Was bedeutet das? Wenn Dimitri vorzeitig entlassen worden wäre, hätte er seinem Freund doch bestimmt davon erzählt. Am Tag vorher hatten sie sich noch gesehen und etwas Tabak geteilt. Später auf Nachfrage beim zuständigen Beamten wird Andreas mitgeteilt, dass sein Freund Dimitri S. sich in der vergangenen Nacht das Leben genommen hat.

Alles ist durchdrungen von der herzlichen Aufrichtigkeit und dem kämpferischen Selbstbewusstsein, dass Andreas im Angesicht von Ungerechtigkeiten immer wieder an den Tag legt. Es ist diese bodenständige Unverfälschtheit, die dieses Buch wirklich lesenswert macht.

Beim Lesen stellt sich das Gefühl ein, Andreas würde in seiner Zelle auf einem Stuhl dem Leser gegenüber sitzen und sich sein Leid von der Seele reden. Seine Geschichten vermitteln einen realistischen Eindruck vom Leben im Gefängnis in Deutschland. Die Her-

ausgeber haben sich dafür entschieden, den Text so gut wie gar nicht redaktionell zu bearbeiten. Allerdings haben sie einen umfangreichen Anhang mit weiteren Briefen, Artikeln, Interviews und Texten von Andreas Krebs angefügt, die sich in den letzten Jahren angesammelt hatten. Aus der nüchternen Sprache ergibt sich gerade die Authentizität dieses Berichtes. Und das braucht der Text auch an vielen Stellen. Einige Episoden wirken geradezu irreal, so zum Beispiel wenn im Nebensatz erzählt wird, das der Flurboden heute wieder voller Blut war, dass Andreas aufwischt ohne zu wissen warum und von wem oder wenn schwerbewaffnete Spezialeinheiten ihn des Nachts quer durch das Land verlegen.

Denn als widerständiger Gefangener und angeblicher Unterstützer der dritten Generation der RAF war er häufig besonderen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt.

> *„Nur Idioten glauben an die Gerechtigkeit der herrschenden Justiz. Die Justiz beruht auf auf von Menschen zur Unterdrückung von Menschen geschaffenen Gesetzen und ist daher gezwungenermaßen repressiv. Der Knast ist das wichtigste Disziplinierungsmittel eines jeden auf Knechtung und Ausbeutung beruhenden Systems zur Aufrechterhaltung einer willkürlichen Ordnung. Die, die Macht ausüben, halten sich selbst an keine Gesetze.“*

Außerhalb dieser Passage, die es auch auf den Klappentext geschafft hat, verzichtet Andreas in dem Buch weitgehend auf politische Analysen. Vielmehr macht die strikt persönliche Ebene das Thema emotional greifbarer. Es liefert genau das schockierende Bild der Willkür und Ohnmacht, der die Gefangenen in dieser Welt ausgesetzt sind. Nach seiner Entlassung organisierte er weiter die Solidaritätsarbeit für Gefangene. Er beteiligte sich an der Veranstaltung der Anti-Knast Tage und hielt Vorträge über seine Zeit im Gefängnis. Körperlich hatte die langjährige Haftzeit aber ihre Spuren bei Andreas hinterlassen und der bundesdeutsche Repressionsapparat ließ auch in nach seiner Freilassung nicht von ihm ab. Wegen der anhaltenden Schikanen und der Überwachung wanderte er schließlich mit seiner Partnerin nach Italien aus. Doch der gemeinsame Frieden auf dem Land hält nicht lange. Seit inzwischen drei Jahren sitzt er erneut in Haft, diesmal in Italien. Dort wurde bereits früh eine bösartige Krebserkrankung festgestellt jedoch verweigert die Anstaltsleitung ihm bis heute die erforderlichen medizinischen Behandlungen. Auch für sein Essen und die dringend benötigten Medikamente müssen er, beziehungsweise sein Unterstützerkreis aufkommen. Seine Freunde sagen inzwischen: „Unser Freund Andi stirbt, ermordet vom Staat“.

So dient das Buch auch nicht nur der Aufklärung über die Knastrealität und des Widerstandes dagegen, die Erlöse fließen auch direkt in die medizinische Versorgung des Protagonisten. „Der Taifun“ ist ein Dokument der gewaltvollen Realität des gesamten Strafsystems in seiner brutalsten Ausformung aber auch der immer wieder auftauchenden Solidarität und des alltäglichen Widerstandes dagegen. ■

★★★

„Der Taifun – Erinnerungen eines Rebellen“
Andreas Krebs Salih
bestellbar unter andreaskrebs@riseup.net
ober bei Black Mosquito
Die Erlöse und Spenden dienen der medizinischen Versorgung von Andreas Krebs.
Weitere Informationen und Texte auf
https://andreaskrebs.blackblogs.org/

Anzeige

Klimapolitik – oder die neokoloniale Illusion, dass die reichen Industriestaaten etwas gegen die Erderhitzung tun

Von: Johann Bergmann

Die *Tagesschau* meldete am 22.04.21: „US-Präsident Biden hat den Kampf gegen die Klimakrise zum zentralen Thema seiner Präsidentschaft gemacht."[1] Die EU hat das „Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 und die kollektive Zielvorgabe, die Netto-Treibhausgasemissionen (Emissionen nach Abzug des Abbaus) bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 55 % zu senken, rechtlich verankert".[2] Die EU erklärt darin, dass „die Senkung der Emissionen Vorrang haben muss vor dem Abbau von Emissionen". Wird hier der Wendepunkt fürs Klima eingeleitet? Die CO2-Vermeidung (genannt CO2-Abbau) wird im europäischen Klimagesetz sogar begrenzt. Was steckt hinter zentralen Begriffen wie Kohlenstoffsenken, Nettotreibhausgasemissionen und Klimaneutralität?

Am 29.04. erklärte das Verfassungsgericht Teile des BRD-Klimaschutzgesetzes von 2019 für verfassungswidrig. Angesichts der Umfragewerte und der anstehenden Bundestagswahl verschob die CDU ihre Position zum Klimaschutz. Die Neufassung des Klimaschutzgesetzes soll bis 2030 die CO2-Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 65 % senken und die Klimaneutralität bis 2045 erreichen. Die *tageszeitung* lobt das als ehrgeiziges Ziel und Umwelt-Turbo.[3] Weltweit stiegen die CO2-Emissionen von 1990 bis 2018 um 67%.[4]

Und jetzt wollen BRD und EU nochmals senken. In der Logik der Parteipolitik erscheint das als riesengroßer Schritt. Auf einer globalen Ebene betrachtet erweist es sich als 1. neokolonial verankert, 2. absolut nicht ausreichend und 3. als vor allem Kleinbäuer*innen und Indigene bedrückend.

Die Neokoloniale Weltordnung und die CO2-Emissionen

Der Globale Süden ist seit der Kolonialzeit vor allem Rohstoffexporteur. Die duale, neokoloniale Teilung von Süd / Nord ist und war nie absolut. In China oder Indien gibt es Zentren des warenproduzierenden Patriarchats. Teile der EU werden ökonomisch abgehängt. Teile der USA werden zu Opferzonen des Extraktivismus (das ist Mineral-/Rohstoffabbau, Abholzung und erschöpfender Landbau). Mächtige Clubs (wie G7, G20, OECD, WEF), ältere Institutionen (wie IWF und Weltbank) und Mechanismen (wie Doktrin der Entwicklung, Dollar als Leitwährung, zentrale Leittechnologien, Extraktivismus, militärische Macht) strukturieren die Ordnung. Sie öffnen Wege für Eliten aus dem Globalen Süden, vergrößern weltweit an jedem Ort Reichtum und Armut.

Die lokalen und regionalen ökologischen und sozialen Folgen des Extraktivismus sind dramatisch. Exemplarisch lässt sich das an Kolumbien zeigen. Narlis Guzmán Angulo ist Aktivistin einer seit 1789 bestehenden Afro-kolumbianischen Palenque-Gemeinschaft in der Provinz Cesar. Diese Gemeinschaft steht heute zwischen Widerstand und Zerstörung. Sie sagt: „In der Sierra konnten wir uns mit unserer Landwirtschaft immer ernähren, doch damit ist es vorbei. Der Steinkohletagebau hat alles ruiniert. Dies alles hat er uns gebracht: den Zusammenbruch des sozialen Gefüges, Arbeitslosigkeit, Tod, Vermisste, Vertriebene, […] Krankheiten, Prostitution, sexuelle Kommerzialisierung von Kindern, Drogenabhängigkeit und vergiftetes Wasser."[5] In der Provinz Cesar wurden von 1996 bis 2006 2.600 Menschen ermordet und 59.000 vertrieben.[6] Im ganzen Land wurden von Dez. 2016 bis Mai 2019 591 Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet. Dazu kommen über 7 Millionen Binnenflüchtlinge. Verantwortlich sind meist Paramilitärs, oft im Auftrag von Minengesellschaften und Großgrundbesitzern.[7] Die Kohlemine Cerrejon in der Nachbarprovinz La Guajira ist eine der weltgrößten

Minen. Mindestens 19 indigene und afro-kolumbianische Gemeinden wurden wegen des Ausbaus der Mine bislang vertrieben. Die Mine verbraucht täglich 17 Mio. Liter Wasser. Für die Menschen und ihre Landwirtschaft bleiben ca. 0,7 l pro Person. Der größte Fluss der Region, der Arroyo Bruno soll umgeleitet werden. Damit verlören 30 indigene Wayuú-Gemeinschaften ihre letzten Wasser-Zugänge. Wayuú-Frauen kämpfen gerade dagegen.[8]

Der Rohstoffsektor, „vor allem Erdöl, Erdgas und Kohle sowie in geringerem Ausmaß Erze und Metalle […] ist für etwa 34% aller Treibhausgasemissionen Kolumbiens“[9] verantwortlich. Das Land ist weltweit 9. größter Steinkohleproduzent.[10] „Über 90 Prozent der geförderten Kohle werden exportiert, der Rest wird in der Koksproduktion, der Stromerzeugung und der Industrie direkt verwendet.“[11] Fast die komplette geförderte Kohle dient also dem Export oder der Exportindustrie. Arme, Indígenas und die Region werden geopfert. Die Gewinne streichen globale Konzerne ein. Auch die Staatsfinanzen basieren auf Einnahmen aus Kohle- und noch wichtiger Erdölexport. Kolumbien ist weltweit 22. größter Erdölproduzent.[12] „Auch Erdöl wird mit einem Anteil von 70 Prozent an der insgesamt geförderten Menge größtenteils exportiert.“[13] Ein Viertel der CO2-Emissionen Kolumbiens entfallen auf den Export dieser beiden Produkte des extraktivistischen Rohstoffsektors. Sie belasten Kolumbiens CO2-Bilanz, nicht die der Importeure, z.B. der BRD. Zum Extraktivismus zählt auch die agrar-industrielle Export-Landwirtschaft. Sie hat ebenfalls fatale ökologische und soziale Folgen, wie die Produktion in den drei großen Soja-Ländern Lateinamerikas zeigt.

„Weltweit werden laut Umweltbundesamt derzeit rund 10 Millionen Quadratkilometer fruchtbares Ackerland allein für die Produktion von Tierfutter genutzt. Das ist fast vier Mal mehr Fläche als für die direkte Lebensmittelproduktion.“[14] Soja ist eine der wichtigsten Futterpflanzen. Folgen der Soja-Produktion sind u.a. massive Abholzung, Vertreibungen und schwere gesundheitliche Folgen durch die Pestizide. Brasilien ist Pestizidweltmeister.[15] 74% der Soja-Weltproduktion von 2019 ist gentechnisch verändert.[16,17]

Die Hälfte der Soja-Produktion dieser drei Länder wird exportiert, zu ca. 2/3 in die VR China und 1/3 nach Europa.[18] Die andere Hälfte wird heimisches Futtermittel. Daran wird Massentierhaltung als Problem der Erderhitzung deutlich.

Brasiliens faschistischer Präsident „Bolsonaro will indigenes Land für das Agrobusiness und Bergbaukonzerne öffnen. Der tausendfache Protest der Indigenen [… organisierte] Ende April [2019] das Acampamento Terra Livre, die größte indigene Versammlung zur Verteidigung des Amazonasgebietes“.[19] Die Landlosenbewegung MST weitete ihre Kämpfe in städtische Bereiche aus und kann dadurch wieder sehr große Acampamentos (Besetzungen) mit bis zu 20.000 Beteiligten organisieren.[20]

Die Soja-Exporte belasten die Klimabilanzen der Länder vor allem durch Abholzung, Land-Umnutzung sowie Tierhaltung. Weitere Faktoren sind der Einsatz schwerer Landmaschinen sowie die Düngemittelproduktion. Das Amazonasgebiet galt als eine der größten CO2-Senken, es band also sehr viel CO2. Der Abbau von Ressourcen, das Aufstauen von Flüssen und das Abholzen für Sojaanbau und Viehzucht haben das geändert. Das Amazonasgebiet stößt schon heute mehr Treibhausgase aus, als es neu bindet.[21] Die Umnutzung von Landflächen für die Landwirtschaft trägt weltweit mit 6-14 % zur Erderhitzung bei.[22] Die schlechte Klimabilanz wird nicht den Nutznießern in Europa und China angerechnet, sondern den Ländern im Globalen Süden. Seit der Kolonialzeit fördert das den Reichtum der westlichen Staaten und entlastet deren langfristige Klimabilanz. Verhältnismäßig neu ist ein anderer Faktor:

Der neokoloniale ‚Rich-Country-Illusion-Effect'

Die Propaganda erzählt uns, dass die Industriestaaten ihren CO2-Fußabdruck deutlich verringern. Angela Merkel ließ sich dafür als Klimakanzlerin feiern.[23] 1990 betrug der CO2-Ausstoß der BRD 1.252 Mio. Tonnen.[24] Der wichtigste Grund für die Verringerung des CO2-Ausstoßes sind Verlagerungs-Prozesse. Die BRD profitierte insbesondere von der Abwicklung der Industrie der DDR, denn als Basisjahr wurde international 1990 festgesetzt. Offizielle Statistiken geben an, dass die BRD von 1990 bis 2019 400 Mio. t CO2-Ausstoß eingespart habe. Ein Viertel davon entfällt auf die ersten beiden Jahre der Abwicklung der DDR.[25]

Die Verlagerungseffekte sind Ergebnis des Umbaus der Industriegesellschaft. Vielfach wurde Produktion, in den 1970ern beginnend, verstärkt ab Mitte der 1980er, in den reichen Ländern abgebaut und in den Globalen Süden verlagert. Die BRD hat zum Beispiel von 1980 bis 2015 ihre extrem klimaschädliche Aluminium-Produktion fast halbiert,[26] ihren Verbrauch aber extrem gesteigert. Sie ist mit 40 kg pro Kopf Weltmeister im Verbrauch.[27] Die CO2-Emissionen werden Ländern wie der VR China oder Mosambik angerechnet. Eine Studie von 2011 kam „zu dem Ergebnis, dass der Anstieg der Emissionen aus Gütern, die in Entwicklungsländern produziert, aber in Industrieländern konsumiert werden, *sechsmal größer* war, als die Emissionseinsparungen der Industrieländer."[28] Das ist der ‚Rich-Country-Illusion-Effect' (Reiche-Länder-Illusions-Effekt).

Selbst die VR China, die auch einiges ihrer Klimabelastung auslagert, produziert einen sehr großen Anteil der Gesamtproduktion nur für den Bedarf in den westlichen Industriestaaten. China produziert und verbraucht gut die Hälfte des weltweiten Zements und Stahls. Damit baut die VR China als Niedriglohn-Standort eine Infrastruktur auf, die wesentlich auf den Weltmarkt ausgerichtet ist.

Nettotreibhausgasemissionen und andere Propagandamechanismen

Der von der EU-Kommission unter Ursula van der Leyen angekündigte Europäische Green Deal zielt darauf, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2050 auf 0 zu senken, also die EU klimaneutral zu machen.[29] Es ist verdächtig, wenn die Lobby der Chemie-Industrie das Gesetz lobt.[30] Klimaneutralität besagt, dass entweder keine Klimagase ausgestoßen werden, oder dass diese Emissionen vollständig kompensiert werden. Die zweite Möglichkeit reißt neokoloniale Hintertüren weit auf. CDM (Clean Development Mechanism – Mechanismus für saubere Entwicklung) ermöglicht es Unternehmen, ihren CO2-Verbrauch durch Investitionen im Globalen Süden klein zu rechnen. Es ist billiger eine Fabrik im Globalen Süden ein wenig effizienter statt die im Globalen Norden noch effizienter zu machen. Diese Einsparungen werden dann im Globalen Norden gutgeschrieben. Der Treibhausgas-Ausstoß verändert sich aber nicht. Frauen sind oft Zielgruppe des CDM. Sie werden damit in traditionelle Rollen gedrängt, die ihre Verletzbarkeit durch die Erderhitzung erhöhen.[31] REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation – Reduzierung der Emmissionen aus Entwaldung und Waldschädigung) soll Länder des Globalen Südens dafür belohnen, dass sie Wälder schützen und damit CO2-Emissionen vermindern. Faktisch erlaubt es Konzernen aus dem Globalen Norden das weiter so, indem sie REDD+ Produkte kaufen. In der Praxis wird damit nicht der Kahlschlag für industrielle Landwirtschaft oder Bergbau begrenzt. Oft haben Indigene und Kleinbäuer*innen, die seit Generationen mit dem Wald leben, durch REDD+ unter massiven Repressionen zu leiden, werden oft vertrieben.

Zu den Maßnahmen im Verkehrsbereich gehören ein Ausbau der Elektro-Mobilität, neue Agro-Treibstoffe (auch für den Flugverkehr) und smarte Mobilität,[32] also das selbstfahrende Auto. Hier setzt sich die neokoloniale Linie bruchlos fort. Ein steigender Bedarf an Agro-Treibstoffen steigert im Globalen Süden den Abholzungsdruck. Smarte Mobilität in Kombination mit Elektro-Mobilität steigert den Energiebedarf deutlich. Das alles soll dann ‚klimaneutral' in Wind- und Solar-Anlagen hergestellt werden. Ist doch alles klimaneutral und gut, oder? „Für eine äquivalente installierte Erzeugungskapazität werden für Solar- und Windsysteme bis zu 15-mal mehr Beton, 90-mal mehr Aluminium und 50-mal mehr Eisen, Kupfer und

Glas benötigt als für konventionelle Energiesysteme.“[33] Das bedeutet einfach, dass die Zerstörung vor allem des Globalen Südens weiter vorangetrieben wird. Die Steigerung des CO2-Ausstoßes über den sich ausdehnenden Bergbau und die damit verbundene Land-Umnutzung wird wesentlich den Ländern des Globalen Südens in Rechnung gestellt. Die Industriestaaten können sich als ‚klimaneutral‘ feiern. Mit dem Begriff Kohlenstoffsenken werden ein Ökosysteme wie Moor oder Wald auf eine technologische Funktionalität reduziert. Kohlenstoffsenken sollen bis 2030 ausgebaut werden – eine auf den ersten Blick gute Sache. Aber die Erhitzung der Erde bewirkt, dass diese Senken umkippen können, mehr CO2 freisetzen als binden. Das geschieht z.B. wenn Moore trocken fallen, wie es hier im Sommer 2018 häufig geschah.

Großtechnologien – Lösungen oder Destruktivität

Die EU-Kommission setzt seit langem auf einen massiven Einsatz der CCS-Technologie (Carbon Capture Storage), um die Klimaziele zu erreichen.[34] CO2 wird dabei an Kraftwerken bzw. aus der Luft (CDR) abgeschieden, gesammelt und in unterirdische Hohlräume verpresst. Kein Speicher ist wirklich dicht, sagt die Forschung.[35] Austretendes CO2 sammelt sich bodennah und wird – je nach Ort und Menge – zum Erstickungstod unterschiedlich vieler und großer Tiere/Menschen führen. Der Ausbau der AKW ist in fast allen als Pfade bezeichneten Szenarien des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change – Welt-Klima-Rat) enthalten.

Die ‚Royal Society‘, die britische Akademie der Wissenschaften, ist im neuen Jahrtausend zur wichtigsten Institution geworden, die einen sogenannten ‚Plan B‘ zum Klimaschutz durch Geo-Engineering propagiert.[36] Alle Szenarien des IPCC, die nicht weltweit bis 2033 den CO2-Ausstoß auf Null gesenkt haben, setzen auf den massiven Einsatz von Methoden des Geo-Engineering, auf Atomkraft und insbesondere auf die CDR-/CCS-Technologie. „Vorausgesetzt wird dabei die Entwicklung von Kohlen-Dioxid-Entfernung (engl. Abk.: CDR),[37] im großindustriellen Maßstab“.[38] Eine weitere vom IPCC eingerechnete Technologie ist BECCS. BECCS (Bio Energy Carbon Capture Storage) bezeichnet den großflächigen Anbau von Energiepflanzen, die dann verbrannt werden und dabei CCS-Technologie angewand wird.[39] Auch die Eisendüngung des Meeres mit Nano-Partikeln wird vom IPCC eingeplant. Alle dies Maßnahmen haben sehr große Risiken, die wir im Band 2 von unserem Buchprojekt ‚Befreiung vom Geld und Eigentum‘[40] diskutiert haben. Das sind nur die weniger krassen, dafür sehr breit in den herrschenden Institutionen akzeptierten und diskutierten Eingriffe durch Geo-Engineering.

Wahlen – die Illusion etwas zu verändern, ohne etwas zu ändern

Alle diese Konzepte wollen die Erderhitzung mit mehr vom immer gleichen begrenzen. Dafür steht auch die Studie ‚Klimaneutrales Deutschland 2045‘. Das soll durch Wirtschaftlichkeit, Technologie-Einsatz ohne Änderungen im Konsumverhalten erreicht werden.[41] Aber: „Der Konsum, wie er in der westlichen Welt gelebt wird, ist tödlich für das weitere Fortleben auf diesem Planeten.“[42] Die kapitalistische Ökonomie und Technologie als Ganzes sind tödliches Gift. Peter Kropotkin schrieb: „Repräsentative Demokratie entspricht der Herrschaft des Kapitals.“[43] Über Wahlen kann deshalb höchstens eine Modernisierung des Herrschaftssystems erreicht werden, wie es die Grünen mit dem ‚Green New Deal‘ oder die CDU mit dem ‚Green Deal‘ versprechen. Weiter oben ist beleuchtet, was das bedeutet. Wahlen ermöglichen nur „belanglose Fragen [...], denn authentische Fragen lassen Passivität und Delegation nicht zu. [...] Nehmen wir an, der Kapitalismus soll durch ein Referendum abgeschafft werden. [...] Doch selbst wenn dagegen gestimmt würde, würde sich nichts ändern, denn [...] eine ganze Gesellschaft kann nicht per Anordnung umgewälzt werden.“[44]

Patriarchale gesellschaftliche Herrschaft inklusive des Eigentums war die Grundlage, auf der der Kapitalismus entstand. In einem symbiotischen Zusammenspiel von Staat, Kapital und (damals noch privatem) Militär entstand der Kapitalismus als ein warenproduzierendes Patriarchat. „Die Existenz privaten Eigentums die Aneignung von Natur als Quelle des Wachstums, die Produktion für den Profit, nicht für die Bedürfnisse,

sind die Wurzel der Ursache des Problems, sie können deshalb nicht Teil der Lösung sein.“[45]

Jede Reform verschiebt also nur die Destruktivität des Kapitalismus in andere Bereiche. Alle diese ach so ehrgeizigen Klimaziele geben uns also nicht mehr als eine kleine Verlängerung des Zeitfensters, um diese Verhältnisse zu überwinden. Und gleichzeitig integrieren sie Menschen in das warenproduzierende Patriarchat.

Staat, warenproduzierendes Patriarchat und Eigentum überwinden

Juli, eine Ende-Gelände-Aktivistin schreibt: „Die Ausbeutung unseres Planeten funktioniert nach den selben Prinzipien wie die Ausbeutung von Menschen. Darum können wir das eine nicht ohne das andere abschalten. Und das bedeutet nicht weniger als das gesamte patriarchale, kapitalistische Getriebe aus den Angeln zu heben.“[46] ‚Zucker im Tank‘ ergänzen: „Es geht nicht nur um CO2, Kohle oder Wälder – es geht um eine gerechte, herrschaftsfreie Welt.“[47] Der Extraktivismus steht in der kolonialen Tradition der Plünderung der Welt. Kropotkin schrieb bereits 1892, dass mit einer sozialen Revolution sofort diese Ausbeutung beendet werden muss, der damit verbundenen Ressourcenzufluss beendet wird und die Menschen des Globalen Südens damit ‚gestattet‘ wird, sich selbst zu emanzipieren.[48]

‚Wir‘ setzen auf ‚unsere‘ (noch viel zu kleinen) widerständigen und aufbauenden Praxen und auf eine offene Utopie,[49] basierend auf Anarcho-Kommunismus, Anarcha-Feminismus und radikaler Ökologie. In einer solchen Gesellschaft werden die Abspaltungen aufgehoben. AusgeCO2hlt weist darauf hin, welche Bedeutung dabei fehlertolerante, tragende zwischenmenschliche Beziehungen haben.[50] Eigentum, Geld und Warenverhältnisse als Triebfedern der Zerstörung werden entsorgt. Produktion und Reproduktion sind keine getrennten Bereiche mehr. Das patriarchale Herrschaftskonzept der Arbeit weicht einem sinnvollen Tun. Die Ausplünderung der Ressourcen der Erde und der Menschen aus dem Globalen Süden wird beendet, die Re_Produktion wird weitgehend dezentral organisiert. „Um unsere Vorstellungen von einem guten Leben zu dekolonialisieren müssen wir von dekolonialen Konzepten lernen“[51], wie von dem Buen Vivir aus der Andenregion.

Es kann keinen Masterplan für den Aufbau einer herrschaftsfreien Re_Produktion geben. Es braucht eine Revolution, damit das umfassend machbar wird. Wir können heute nur Grundlagen fixieren wie die Befriedigung der Bedürfnisse der einzelnen Menschen als Ausgangspunkt oder die globale Solidarität. Die Menschen auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft werden diese Ideen in ihrer Praxis immer wieder unterschiedlich füllen.

Austausch und Produktion jenseits vom Geld und Eigentum, jenseits vom Tauschgesetz kann nur auf Basis von Kommunikation und in freien Vereinbarungen unter substantiell Gleichen funktionieren. Nur in einem vor- oder nach-bürgerlichen Kontext kann also etwas wie eine herrschaftsfreie Re_Produktion existieren. Das würde dann keine Ökonomie mehr sein, wäre nicht wie diese Teil eines komplizierten, gesellschaftlichen Geflechts und nicht ein alles dominierendes System. ■

Endnoten:

1 https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-klima-gipfel-101.html
2 RAT DER EU: Pressemitteilung 21.4.2021; https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/21/european-climate-law-council-and-parliament-reach-provisional-agreement/
3 vergl.: Bernhard PÖTTER: Union legt Umwelt-Turbo ein, S. 3 in: TAZ 8./9. Mai 2021
4 https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Kohlenstoffdioxidemittenten
5 Narlis Guzmán Angulo, zitiert nach S. 57 in: deCoalonize Europe: Still Burning: Vom Kampf gegen die Steinkohleindustrie (2019)
6 vergl. S. 54 in: deCoalonize Europe: Still Burning: Vom Kampf gegen die Steinkohleindustrie (2019)
7 vergl. S. 48 in ebenda
8 vergl. S. 51 – 53 in: deCoalonize Europe: Still Burning: Vom Kampf gegen die Steinkohleindustrie (2019)
9 https://www.giz.de/de/downloads/giz2019-de-bergbau-chile.pdf
10 https://de.wikipedia.org/wiki/Kohle/Tabellen_und_-Grafiken#Förderung_nach_Ländern_2
11 https://www.dena.de/fileadmin/dena/Dokumente/Pdf/3101_Laenderprofil_Kolumbien_REG.pdf
12 https://de.wikipedia.org/wiki/Erdöl/Tabellen_und_Grafiken#Förderung
13 https://www.dena.de/fileadmin/dena/Dokumente/Pdf/3101_Laenderprofil_Kolumbien_REG.pdf
14 https://www.dw.com/de/soja-segen-oder-fluch-fürs-klima-fleisch-amazonas-brasilien-mercosur-soja-bolsonaro/a-50374594
15 https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/weitere-pestidzide-in-brasilien-freigegeben
16 https://www.transgen.de/anbau/592.gentechnisch-veraenderte-pflanzen-anbauflaechen.html
17 http://www.fao.org/faostat/en/#data/QC
18 https://www.sojatoaster.com/hintergrundinfos/sojaanbau-globale-mengenverteilung-und-mengenstroeme/
19 S. 4 in: FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN: Solidarität mit den Sozialen Bewegungen in Brasilien – Bericht von einem Aktionstag, Gai Dào Nr. 97 01/2019
20 vergl. S. 18 in: Benjamin BUNK: Marielle Vive: Ein urbanes Zeltlager der MST, in: Tierra y Libertad, Nr. 81, Winter / Frühjahr 2020
21 vergl. https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2021/03/der-amazonas-stoesst-nun-mehr-treibhausgase-aus-als-er-absorbiert
22 vergl. https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Landwirtschaftsreport_08jan08_0.pdf
23 vergl. Dagmar DEHMER: Die Klimakanzlerin, in: Tagesspiegel 25.9.2007
24 vergl. https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1
25 vergl. ebenda
26 vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Aluminiumproduzenten#Nach_Ländern
27 vergl. http://www.aluinfo.de/bedarf-weltweit.html;
28 S. 103 in: Naomi KLEIN: Die Entscheidung Kapitalismus vs. Klima (Orig. 2014; 2015)
29 vergl. https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/21/european-climate-law-council-and-parliament-reach-provisional-agreement/
30 vergl. https://www.umco.de/de/blog/artikel/Netto-Null-Emissionen-kein-bisschen-Verschmutzung.html
31 vergl. S. 23 in: Zucker im Tank (Hrsg.): Kämpfe zusammen_führen – Warum Klimawandel kein Ökothema ist (o.J., ca. 2019)
32 vergl. S. 13 in: https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10865-2020-ADD-1/en/pdf
33 S. 33 in: Tobias KIND et.al: Rohstoffboom zwischen Gewinnen und Verlusten (2018)
34 vergl. S. 9 in ebenda
35 vergl. BUND: Gutachten zur Abscheidung und Endlagerung von CO2 aus Kohlekraftwerken birgt enorme Risiken (2010)
36 vergl. S. 312 in: Naomi KLEIN: Die Entscheidung Kapitalismus vs. Klima (Orig. 2014; 2015)
37 „Most CDR technologies remain largely unproven to date and raise substantial concerns about adverse side-effects on environmental and social sustainability“, S. 2-6 in: IPCC: Special Report on global warming (draft) (2018).
38 „rely on large-scale deployment of Carbon Dioxide Removal (CDR)“, S. 2-4 in ebenda
39 vergl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bioenergie_mit_-CO2-Abscheidung_und_-Speicherung
40 Band 1 und 2 sind 2020 erschienen; https://befreiungvomgeldundeigentum.blackblogs.org/
41 S. 7 in: https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2021/KNDE_2045/Klimaneutrales-Deutschland-2045.pdf
42 https://barrikade.info/article/4196
43 „Representative government corresponds to capital-rule.“, S. 23 in: Peter KROPOTKIN: Anarchism and Anarchist Communism (Orig. 1901; 1987)
44 S. 19 in: IN OFFENER FEINDSCHAFT: In offener Feindschaft,... (Orig. 1998; 2010)
45 „The existence of private property, the appropriation of nature as a source of growth and production for profit instead of need are at the root of the problem, so they cannot be part of the solution.“, S. 19 in: S. 7 in: John WARWICK: Capitalism is killing the earth (2018)
46 Juli: Ökofeminismus ..., S. 24 in: Fridays for Future Tübingen (Hrsg.): Überall Klima, nirgendwo Gerechtigkeit? (Jan. 2021)
47 S. 3 in: Zucker im Tank (Hrsg.): Kämpfe zusammen_führen – Warum Klimawandel kein Ökothema ist (o.J., ca. 2019)
48 vergl. S. 90 in: Peter KROPOTKIN: Die Eroberung des Brotes (Orig. 1892; Raubdruck o.J.)
49 Dazu: ‚Die utopische Perspektive‘ im noch unveröffentlichten Band 5 unseres Buchprojektes ‚Befreiung vom Geld und Eigentum‘. Die Diskussion dazu ist noch nicht abgeschlossen, Anregungen / Anmerkungen / Kritik sind willkommen – zum aktuellen Stand unserer Diskussion: https://we.riseup.net/geldundeigentumabschaffen
50 vergl. S. 75 – 80 in: ausgeCO2hlt (Hrsg.): Wurzeln im Treibsand (o.J., ca. 2018)
51 vergl. S. 64 in: deCoalonize Europe: Still Burning: Vom Kampf gegen die Steinkohleindustrie (2019)

FdA hautnah

In Prä- und Post-Corona-Zeiten: *Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

DORTMUND

Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum – Black Pigeon
Scharnhorststraße 50, 44147 Dortmund
regelmäßige Öffnungszeiten Dienstag bis Freitag 13-19 Uhr

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an: akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
jeden zweiten Dienstag (gerade Wochen) von 18:00 bis 20:00 Uhr
im FAU-Büro: Hausprojekt Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26
mehr Infos unter: dresden.fau.org

FRANKFURT am Main

Schwarzer Sonntag – offenes anarchistisches Café für Austausch und Vernetzung
jeden Sonntag, 12-18 Uhr im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

„Zum Kuckuck“ – offenes anarchistisches Treffen
Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Interym/Kyosk, Adlerstr. 2, 79098 Freiburg

KARLSRUHE

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr
im Infoladen des Autonomen Zentrums
(Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig
zum kennenlernen, schreibt uns doch eine Mail, oder kommt zu unserer Soli Küche.
Kontakt über asj-leipzig@riseup.net

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

TheorieAG der ASJL
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (mit Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

NÜRNBERG

Vefa (veganes Essen für Alle) von Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg
jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Projekt 31 (An den Rampen 31, 90443 Nürnberg)

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen und Staaten, ohne Klassen und Patriarchat, auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg)
Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

Aktion & Organisierung Kassel
Kontakt: kassel_a@riseup.net
a-o-ks.org

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark - queerfeministische Gruppe Dortmund
Kontakt: lilalautstark@riseup.net
lilalautstark.noblogs.org

fabzi – feministische und anarchistische Broschüren und Zines
Kontakt: mail fabzi@riseup.net

li(e)beration Wuppertal
Kontakt: lieberation@riseup.net
lieberation.wordpress.com

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe
Kontakt: afowl@riseup.net
afowl.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau
Kontakt: a-ini-og@immerda.ch
aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München)
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln
Kontakt: aboutfem@riseup.net
aboutfem.blogsport.de

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen
Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt)
Kontakt: info@lila-f.org
lila-f.org

Initiative Anarchistische Bewegung Frankfurt (IABF)
Kontakt: info@iabf.cc
anarchie-frankfurt.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv
Kontakt: info@it-kollektiv.com
it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund)
Kontakt: black-pigeon@riseup.net
blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogsport.de

F54-Siebdruckkollektiv
Kontakt: kiezladenf54bleibt@riseup